

PD 05/2014

Mainz, 22. Mai 2014

Schulpolitik / Inklusion an Schulen / Änderung des Schulgesetzes:

VBE-Landeschef Gerhard Bold zur Einführung der Inklusion:

„Lehrer und Kommunen müssen sich die notwendigen Ressourcen aus den Rippen schneiden.“

VBE: Landeregierung versagt der Inklusion eine solide Finanzierung

„Die Landesregierung versagt der Inklusion an den rheinland-pfälzischen Schulen eine solide Finanzierung. Das zeigt sich jetzt im Gesetzgebungsverfahren für das neue Schulgesetz. Die Landesregierung baut letztlich darauf, dass sich die Lehrkräfte und die Schulträger die notwendigen zusätzlichen Mittel quasi aus den Rippen schneiden. Das ist verantwortungslos und arrogant gegenüber dem pädagogischen Personal und den Kommunen gleichermaßen.

Ohne Zweifel ist die Inklusion eine der größten Herausforderungen für Schule und Bildung in Deutschland und in Rheinland-Pfalz. Darin sind wir uns mit der Landesregierung völlig einig. Um so wichtiger ist aber auch eine sichere personelle und sachliche Ausstattung. Diese kann nicht nur mit neuen Paragrafen und - wie geplant - mit 200 zusätzlichen Stellen gestemmt werden.

Die Landesregierung muss deshalb zur Umsetzung der Inklusion ihre schulpolitischen Sparbeschlüsse mit Streichung der fast 2.000 Lehrerstellen in den kommenden Jahren überdenken. Ansonsten sind Frustrationen bei nahezu allen Beteiligten an den Schulen, unter den Eltern und bei Schulträger geradezu programmiert. Ganz zu schweigen davon, dass die Inklusion als Sparversion nicht gelingen, sondern ein pädagogisches Luftschloss bleiben wird.“

Der Landesvorsitzende der rheinland-pfälzischen Lehrgewerkschaft VBE, Gerhard Bold, äußerte sich heute (22. Mai 2014) zur laufenden Debatte um die Inklusion an den rheinland-pfälzischen Schulen durch Änderung des Schulgesetzes. Diese Änderung soll zum nächsten Schuljahr 2014/2015 in Kraft treten und flächendeckend alle Schulen erfassen. Mit der Verabschiedung des Gesetzes ist demnächst im Landtag Rheinland-Pfalz zu rechnen.

Gerhard Bold: „Förderschulen gibt es laut Gesetzentwurf auch weiterhin als Förder- und Beratungszentren. Und auch die Einsicht, dass der Ausbau von Schwerpunktschulen nicht die alleinige Lösung ist, hat die Landesregierung endlich begriffen.“

Allerdings fehlen laut Gerhard Bold im Land qualifizierte Förderschullehrkräfte. Der VBE schlägt deshalb eine Doppelstrategie zum Ausgleich des personellen Defizits vor: 1. die verstärkte Ausbildung von Förderschullehrkräften an den Universitäten; 2. die qualifizierte Umschulung von Vertretungslehrkräften.

„Schulische Inklusion darf in Rheinland-Pfalz keine Mogelpackung werden. Das haben unsere Kinder und Jugendlichen, für deren individuelle Förderung wir Verantwortung tragen, nicht verdient“, so VBE-Landeschef Gerhard Bold.

Forderungen des VBE Rheinland-Pfalz zur Inklusion zum Download: [VBE_RP_Hintergrund_Inklusion_220514.doc](#)